

Presseinformation, 25.04.2021

## **Klimaschutz und das Chinabild im Westen**

### **Webvortrag\* live aus Shanghai beim Verband für Wirtschaft und Umwelt Rheinland-Pfalz**

Der Verband für Wirtschaft und Umwelt, einem Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften in Rheinland-Pfalz, hat in einem Livemeeting aus Shanghai einen Andernacher Unternehmer zum Thema "Klimaschutz und das Chinabild des Westens" eingeladen. Jürgen Kurz ist selbständiger Unternehmer, verheiratet mit einer Chinesin, lebt und arbeitet seit 18 Jahren in China.

„China war in den letzten 2000 Jahren immer die grösste Wirtschaftsnation der Welt. Nur in den letzten 300 Jahren nicht. Der Westen ist das nur nicht gewöhnt. Keine Grund zur Aufregung“, sagte Angela Merkel einmal. "Ich denke sie hat recht", fasst Jürgen Kurz seine China Erfahrung zusammen.

China hat ungefähr die territoriale Größe und jetzt schon die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union, aber doppelt so viele Einwohner. Kleinstädte mit 1,5 Mio. Einwohner und Megacities wie Shanghai mit 26 Mio. Einwohner müssen erstmal gemanagt werden, so Kurz. Er hebt dabei die hohe Bereitschaft der Chinesen hervor, mit elektronischen Medien sich auf diese besondere Art der Urbanisierung einzulassen. Seiner Auffassung nach steht nicht der im Westen immer betonte Überwachungscharakter hinter der App-Sucht der Chinesen, sondern das grundlegende Verlangen der Bevölkerung nach einer geregelten Lebensweise in der Masse. So reisten beispielsweise 2019 mehr als 150 Mio. Chinesen zu touristischen Zwecken in die Welt und kamen auch wieder zurück. Das sei ein klarer Unterschied zu westlichen Erfahrungen mit früheren DDR Verhältnissen, wo viele Touristen die Gelegenheit nutzten, ihr Land zu verlassen. "Chinesen lieben ihr Land und stehen voll hinter ihrer Regierung. Seit Corona hat sich diese Unterstützung nochmal gesteigert", erläuterte der Referent.

Auch die Menschenrechtslage sieht Kurz differenzierter als sie in westlichen, vor allem in amerikanischen Medien, diskutiert werde. In der Provinz Xinjiang, in der die Uiguren als Mehrheitsbevölkerung lebten, kam es im Zeitraum 2005 - 2018 immer wieder zu grausamen Terroranschlägen islamistischer Gruppen. Maßnahmen der chinesischen Zentralregierung werden dann regelmässig von den Uiguren als Gängelungen und Unterdrückungen gebrandmarkt. Die Chinesen hätten deutsche Arbeitsschutzgesetzte weitestgehend übernommen. Von daher wären auch keine Zwangsarbeitslager auf legale Weise möglich. Er kenne aber Beispiele, bei denen normale Arbeitsvermittlungen von Arbeitsämtern bei den Uiguren als Zwangsarbeit aufgefasst werde.

Im Klimaschutz habe China zwischenzeitlich weltweit eine Spitzenposition eingenommen. Während in den USA bislang nur ca. 300 GWh Erneuerbare Energien verbaut habe, habe China bereits das dreifache geleistet. In der Verkehrswende setze man konsequent auf Elektroautos und die in den westlichen Ländern diskutierte Formen des Modal Splits, seien in China bereits Alltag. Mit Apps könne man bereits jetzt seine Mobilität nachhaltig mit Leihräder, Elektroautos, U-Bahnen gestalten. Darüber diskutiere der Westen noch. China habe zwar in seiner Energieversorgung noch einen großen Kohleanteil. Aber auch hier seien zwischen den verschiedenen Zentralbehörden des Riesenreichs kontroverse Diskussionen im Gange. Ähnlich wie im Westen käme es zu Interessenskonflikten und Kompromisslösungen. Aber die Zentralpläne der Regierung würden eine konsequente Reduzierung der CO2 Belastung einfordern.

Abschließend fordert der Referent, der Gründungsmitglied der Grünen war, im Einklang mit den 60 Webteilnehmern des Storytellings, dass weltweit der Druck auf alle Regierungen für den Klimaschutz erhöht werden müsse. Weder Europa, hier besonders Deutschland, die USA, noch China hätten bisher genug geleistet, um das völkerrechtlich bindende Postulat von Paris, das Weltklima maximal um 1,5 Grad zu erhöhen, einzuhalten. Er fordert Fridays for Future wie alle anderen Klimaaktivisten auf, weiterhin auf den Klimanotstand aufmerksam zu machen. Dabei aber immer auch das Gespräch mit den Regierungen zu suchen und sich nicht auf einseitige und interessensgeleitete Erzählungen gegen einzelne Staaten einzulassen.

"In Asien hat sich 2020 der zukünftig größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt (RCEP) etabliert. Dieser Zusammenschluss von ostasiatischen Staaten mit seinem Markt von rund 2,1 Mrd. Menschen, wird in Zukunft den ökonomischen Schwerpunkt auf der Welt komplett nach Asien verschieben! Europa brauche jetzt eine Politik, die diesen Entwicklungen Rechnung trage und nicht eine kolonial geprägte Besserwisserei, wie sie bei vielen verantwortlichen Politikern noch vorherrsche", so der Appell von Kurz und dem VWU Vorstand abschließend im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl.

\* die Vortragscharts des Livemeetings sind auf der Webseite des VWU <http://www.neustart-kleinunternehmen.de> hinterlegt.

f.d.R.  
Guido Dahm  
Mitglied im Vorstand

**VWU e.V. - Verband für Wirtschaft und Umwelt**  
Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften in Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle  
Hauptstr. 21 - 67280 Ebertsheim  
Tel. 06359 82577  
Mail: [guido.dahm@vwu-rlp.de](mailto:guido.dahm@vwu-rlp.de)  
Web: <http://www.vwu-rlp.de>